



***Nutzungsbedingungen  
für  
Serviceeinrichtungen –  
Allgemeiner Teil  
(NBS-AT)***

*Stand: 01.01.2012*

<b>0</b>	<b>Verzeichnis der Abkürzungen</b>	<b>4</b>
<b>1</b>	<b>Zweck und Geltungsbereich</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Allgemeine Zugangsvoraussetzungen</b>	<b>5</b>
2.1	Genehmigung	5
2.2	Haftpflichtversicherung	6
2.3	Anforderungen an das Personal, Ortskenntnis	7
2.4	Anforderungen an die Fahrzeuge	7
2.5	Sicherheitsleistung	7
<b>3</b>	<b>Benutzung der Eisenbahninfrastruktur</b>	<b>8</b>
3.1	Allgemeines	8
3.2	Anträge auf Nutzung von Serviceeinrichtungen	9
3.3	Grundsätze des Koordinierungsverfahrens	9
<b>4</b>	<b>Nutzungsentgelt</b>	<b>9</b>
4.1	Bemessungsgrundlage	9
4.2	Ausgleich ungerechtfertigter Entgeltnachlässe und Aufschläge	10
4.3	Umsatzsteuer	10
4.4	Zahlungsweise	10
4.5	Aufrechnungsbefugnis	10
<b>5</b>	<b>Rechte und Pflichten der Vertragsparteien</b>	<b>10</b>
5.1	Grundsätze	10
5.2	Information zu den vereinbarten Nutzungen	10
5.3	Störungen in der Betriebsabwicklung	11
5.4	Prüfungs- und Betretungsrecht, Weisungsbefugnis	12
5.5	Mitfahrt im Führerraum	12
5.6	Veränderungen betreffend die Eisenbahninfrastruktur	12
5.7	Instandhaltungs- und Baumaßnahmen	13
<b>6</b>	<b>Haftung</b>	<b>13</b>
6.1	Grundsatz	13
6.2	Mitverschulden	14
6.3	Haftung der Mitarbeiter	14
6.4	Haftungsverteilung bei unbekanntem Schadenverursacher	14
6.5	Abweichungen von der vereinbarten Nutzung	14

<b>7</b>	<b>Gefahren für die Umwelt</b>	<b>14</b>
7.1	Grundsatz	14
7.2	Umweltgefährdende Einwirkungen	15
7.3	Bodenkontaminationen	15
7.4	Ausgleichspflicht zwischen SWK und EVU	15

## 0 Verzeichnis der Abkürzungen

<i>Abs.</i>	<i>Absatz</i>
<i>AEG</i>	<i>Allgemeines Eisenbahngesetz</i>
<i>AT</i>	<i>Allgemeiner Teil</i>
<i>BGB</i>	<i>Bürgerliches Gesetzbuch</i>
<i>BGBI.</i>	<i>Bundesgesetzblatt</i>
<i>BOA</i>	<i>Verordnung(en) über den Bau und Betrieb von Anschlussbahnen</i>
<i>BT</i>	<i>Besonderer Teil</i>
<i>bzw.</i>	<i>beziehungsweise</i>
<i>e. V.</i>	<i>eingetragener Verein</i>
<i>EBO</i>	<i>Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung</i>
<i>EBOA</i>	<i>Verordnung(en) über den Bau und Betrieb von Anschlussbahnen</i>
<i>EBV</i>	<i>Eisenbahnbetriebsleiterverordnung</i>
<i>EIBV</i>	<i>Eisenbahninfrastruktur-Benutzungsverordnung</i>
<i>EIU</i>	<i>Eisenbahninfrastrukturunternehmen</i>
<i>ESBO</i>	<i>Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen</i>
<i>EVU</i>	<i>Eisenbahnverkehrsunternehmen</i>
<i>ff.</i>	<i>folgende</i>
<i>GGVSEB</i>	<i>Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt</i>
<i>HPfIG</i>	<i>Haftpflichtgesetz</i>
<i>NBS-AT</i>	<i>Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen – Allgemeiner Teil</i>
<i>NBS-BT</i>	<i>Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen – Besonderer Teil</i>
<i>Nr.</i>	<i>Nummer</i>
<i>RID</i>	<i>Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter</i>
<i>S.</i>	<i>Seite</i>
<i>SWK</i>	<i>Stadtwerke Koblenz GmbH</i>
<i>TEIV</i>	<i>Transeuropäische-Eisenbahn-Interoperabilitätsverordnung</i>
<i>usw.</i>	<i>und so weiter</i>
<i>VDV</i>	<i>Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V.</i>
<i>z. B.</i>	<i>zum Beispiel</i>

## **1 Zweck und Geltungsbereich**

- 1.1 *Die NBS-AT gewährleisten gegenüber jedem Zugangsberechtigten einheitlich*
- *die diskriminierungsfreie Benutzung von Serviceeinrichtungen und*
  - *die diskriminierungsfreie Erbringung der angebotenen Leistungen.*
- 1.2 *Die NBS-AT gelten für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen der SWK und Zugangsberechtigten, die sich aus der Benutzung der Serviceeinrichtungen und der Erbringung der angebotenen Leistungen ergibt.*
- 1.3 *Vertragliche Vereinbarungen zwischen Zugangsberechtigten und den von ihnen beauftragten EVU haben keinen Einfluss auf die vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Zugangsberechtigten und der SWK.*
- 1.4 *Die Bestimmungen betreffend Zugangsberechtigte und EVU gelten sinngemäß auch für Halter von Eisenbahnfahrzeugen, die mit diesen selbständig am Eisenbahnbetrieb teilnehmen, ohne EVU zu sein.*

## **2 Allgemeine Zugangsvoraussetzungen**

### **2.1 Genehmigung**

2.1.1 *Bei Abschluss einer Vereinbarung nach § 14 Abs. 6 AEG weist das EVU durch Vorlage des Originals oder einer beglaubigten Kopie nach, dass es im Besitz folgender behördlicher Genehmigungen ist:*

- *einer Genehmigung zum Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Sinne des § 6 Abs. 3 Nr. 1 AEG oder*
- *einer nach dem Recht eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften oder eines Mitgliedstaates des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum erteilten Genehmigung für das Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen.*

*Das EVU kann den Nachweis gemäß Satz 1 auch durch Vorlage des Originals oder einer beglaubigten Kopie*

- *einer Sicherheitsbescheinigung im Sinne des § 7a Abs. 1 Satz 1 AEG oder*
- *einer gemäß § 38 Abs. 5a AEG fortgeltenden Sicherheitsbescheinigung nach § 14 Abs. 7 AEG in der bis zum 20. April 2007 geltenden Fassung oder*
- *einer zusätzlichen nationalen Bescheinigung gemäß § 7a Abs. 4 Satz 1 AEG*

*erbringen.*

2.1.2 *Bei Abschluss einer Vereinbarung nach § 14 Abs. 6 AEG weist der Halter von Eisenbahnfahrzeugen für die selbständige Teilnahme am Eisenbahnbetrieb durch Vorlage des Originals oder einer beglaubigten Kopie nach, dass er im Besitz folgender behördlicher Genehmigungen ist:*

- *einer Genehmigung für die selbständige Teilnahme am Eisenbahnbetrieb als Halter von Eisenbahnfahrzeugen im Sinne des § 6 Abs. 3 Nr. 2 AEG oder*
- *einer nach dem Recht eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften oder eines Mitgliedstaates des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum erteilten Genehmigung für die selbständige Teilnahme am Eisenbahnbetrieb als Halter von Eisenbahnfahrzeugen.*

*Der Halter von Eisenbahnfahrzeugen kann den Nachweis gemäß Satz 1 auch durch Vorlage des Originals oder einer beglaubigten Kopie*

- *einer Sicherheitsbescheinigung im Sinne des § 7a Abs. 1 Satz 1 AEG oder*
- *einer gemäß § 38 Abs. 5a AEG fortgeltenden Sicherheitsbescheinigung nach § 14 Abs. 7 AEG in der bis zum 20. April 2007 geltenden Fassung oder*
- *einer zusätzlichen nationalen Bescheinigung gemäß § 7a Abs. 4 Satz 1 AEG*

*erbringen.*

2.1.3 *Bei einer von einer ausländischen Behörde erteilten Genehmigung verlangt die SWK die Vorlage einer beglaubigten Übersetzung in die deutsche Sprache. Hiervon abweichend legt die SWK gegebenenfalls im Besonderen Teil seiner Benutzungsbedingungen fest, für welche Sprachen es auf die Vorlage einer beglaubigten Übersetzung verzichtet.*

2.1.4 *Den Widerruf und jede Änderung der Genehmigung, der Sicherheitsbescheinigung oder der zusätzlichen nationalen Bescheinigung teilt das EVU der SWK unverzüglich schriftlich mit.*

## **2.2 Haftpflichtversicherung**

*Bei Abschluss einer Vereinbarung nach § 14 Abs. 6 AEG weist das EVU das Bestehen einer Haftpflichtversicherung im Sinne der Verordnung über die Haftpflichtversicherung der Eisenbahnen (Eisenbahnhaftpflichtversicherungsverordnung – EBHaftpfIV) vom 21. Dezember 1995 [BGBl. I S. 2101] nach. Änderungen zum bestehenden Versicherungsvertrag zeigt es der SWK unverzüglich schriftlich an.*

## **2.3 Anforderungen an das Personal, Ortskenntnis**

- 2.3.1 *Das vom EVU eingesetzte Betriebspersonal muss die Anforderungen der für die jeweilige Serviceeinrichtung geltenden Bau- und Betriebsordnung (EBO/ESBO bzw. BOA/EBOA) erfüllen und die deutsche Sprache in dem für seine jeweilige Tätigkeit erforderlichen Umfang in Wort und Schrift beherrschen.*
- 2.3.2 *Wer ein Eisenbahnfahrzeug führt, bedarf der dazu erforderlichen Erlaubnis.*
- 2.3.3 *Die SWK vermittelt dem Personal des EVU vor seinem Einsatz die erforderliche Ortskenntnis und stellt die dafür erforderlichen Informationen zur Verfügung. Sie kann sich mit Zustimmung des EVU eines Erfüllungsgehilfen bedienen. Die SWK verlangt für die Vermittlung der Ortskenntnis ein von allen EVU gleichermaßen zu erhebendes Entgelt, wenn sie hierzu Regelungen im Besonderen Teil ihrer Nutzungsbedingungen getroffen hat. Nach der erstmaligen Vermittlung der Ortskenntnis kann das EVU seinem Personal die erforderliche Ortskenntnis auch selbst vermitteln.*

## **2.4 Anforderungen an die Fahrzeuge**

- 2.4.1 *Die zum Einsatz kommenden Fahrzeuge müssen nach Bauweise, Ausrüstung und Instandhaltung den Bestimmungen der für die jeweiligen Serviceeinrichtung geltenden Bau- und Betriebsordnung (EBO/ESBO bzw. BOA/EBOA) entsprechen und von der zuständigen Behörde abgenommen sein oder über eine Inbetriebnahmegenehmigung im Sinne der §§ 6 ff. TEIV verfügen. Hiervon kann im Falle der beabsichtigten Nutzung von Wartungseinrichtungen und anderen technischen Einrichtungen sowie bei Probe- und Versuchsfahrten abgewichen werden, wenn der betriebssichere Einsatz des Fahrzeugs auf andere Weise gewährleistet ist.*
- 2.4.2 *Die Ausrüstung der zum Einsatz kommenden Fahrzeuge muss mit den im Besonderen Teil der Nutzungsbedingungen beschriebenen technischen und betrieblichen Standards sowie den Steuerungs-, Sicherheits- und Kommunikationssystemen der benutzten Schienenwege kompatibel sein.*
- 2.4.3 *Das EVU bestätigt das Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Punkt 2.4.1 und 2.4.2 auf Verlangen der SWK.*

## **2.5 Sicherheitsleistung**

- 2.5.1 *Die SWK macht die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur von der Leistung einer angemessenen Sicherheit abhängig, wenn Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Zugangsberechtigten bestehen.*

2.5.2 *Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Zugangsberechtigten können insbesondere bestehen*

- *bei länger als einen Monat dauerndem Zahlungsverzug mit einem vollen Rechnungsbetrag bzw. mit einer vollen monatlich zu entrichtenden Zahlung,*
- *bei Zahlungsrückständen in Höhe eines in den vergangenen drei Monaten durchschnittlich zu entrichtenden Monatsentgeltes oder*
- *bei Antrag auf Einleitung eines Insolvenzverfahrens.*

2.5.3 *Angemessen sind monatliche Sicherheitsleistungen in Höhe eines in den kommenden drei Monaten durchschnittlich zu entrichtenden Monatsentgeltes. Lässt sich ein für die kommenden drei Monate durchschnittlich zu entrichtendes Monatsentgelt nicht ermitteln, ist auf die Höhe des in den vergangenen drei Monaten zu entrichtenden durchschnittlichen Monatsentgeltes abzustellen.*

2.5.4 *Die Sicherheitsleistung kann gemäß § 232 BGB oder durch Bankbürgschaft (selbstschuldnerisch, auf erstes Anfordern und unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage) erbracht werden.*

2.5.5 *Kommt das EVU dem nach Maßgabe von Punkt 2.5.1 bis 2.5.4 in Textform geäußerten Verlangen nach Sicherheitsleistung nicht innerhalb von 10 Tagen nach, ist die SWK ohne weitere Ankündigung zur Leistungsverweigerung berechtigt, bis die Sicherheitsleistung erbracht worden ist.*

2.5.6 *Der Zugangsberechtigte kann die Sicherheitsleistung durch monatliche Vorauszahlung des zu entrichtenden Entgeltes abwenden.*

### **3 Benutzung der Eisenbahninfrastruktur**

#### **3.1 Allgemeines**

3.1.1 *Die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur ist nur im Rahmen und nach Maßgabe der vertraglichen Vereinbarungen zulässig.*

3.1.2 *Für die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur gelten ergänzend zu den gesetzlichen Bestimmungen die im Besonderen Teil der Nutzungsbedingungen enthaltenen Vorschriften der SWK.*

3.1.3 *Alle weiteren Informationen, die für die Benutzung der Serviceeinrichtung erforderlich sind, stellt die SWK dem EVU zur Verfügung. Das EVU kann die zur Verfügung gestellten Informationen vervielfältigen.*



3.1.4 *Die konkrete Benutzung der Eisenbahninfrastruktur richtet sich nach den von der SWK auf der Grundlage der vertraglichen Vereinbarungen mündlich erteilten betrieblichen Weisungen bzw. nach den erstellten Unterlagen, die dem EVU übergeben worden sind.*

### **3.2 Anträge auf Nutzung von Serviceeinrichtungen**

3.2.1 *Die formalen und inhaltlichen Vorgaben für Anträge auf Nutzung von Serviceeinrichtungen richten sich nach den im Besonderen Teil der Nutzungsbedingungen enthaltenen Vorgaben.*

3.2.2 *Ist ein Antrag unvollständig oder sonst mit Mängeln behaftet, fordert die SWK fehlende oder berichtigende Angaben unverzüglich nach.*

### **3.3 Grundsätze des Koordinierungsverfahrens**

*Liegen Anträge über zeitgleiche, miteinander nicht zu vereinbarende Nutzungen vor, geht die SWK im Rahmen des § 10 EIBV mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung wie folgt vor:*

- a) *Die SWK nimmt Verhandlungen mit allen von einem Konflikt betroffenen Zugangsberechtigten zugleich auf. Alle Betroffenen sind mit gleichem Informationsstand an den Verhandlungen zu beteiligen.*
- b) *Die SWK kann abweichend von Buchstabe a) einzelnen von einem Konflikt betroffenen Zugangsberechtigten Nutzungen anbieten, die von den beantragten Nutzungen abweichen. Sie muss Verhandlungen mit allen von einem Konflikt betroffenen Zugangsberechtigten aufnehmen, wenn bilaterale Verhandlungen nicht zum Erfolg geführt haben.*
- c) *Kommt eine Einigung nicht zustande, greift das Verfahren nach § 10 Abs. 6 EIBV.*
- d) *Kann anhand der Kriterien des § 10 Abs. 6 EIBV keine Entscheidung getroffen werden, entscheidet die SWK nach der Reihenfolge des Antragseingangs („first come, first served“). Die SWK kann im Besonderen Teil ihrer Nutzungsbedingungen eine andere Regelung treffen.*

## **4 Nutzungsentgelt**

### **4.1 Bemessungsgrundlage**

*Grundlage der Bemessung des Entgeltes für die Benutzung der Serviceeinrichtung und die Erbringung von Leistungen sind die Entgeltgrundsätze der SWK.*

#### **4.2 Ausgleich ungerechtfertigter Entgeltnachlässe und Aufschläge**

*Nach den Entgeltgrundsätzen der SWK eingeräumte Entgeltnachlässe hat der Zugangsberechtigte auszugleichen, wenn und soweit die Voraussetzungen für ihre Gewährung nicht erfüllt werden. Dies gilt entsprechend für den Ausgleich von Aufschlägen durch die SWK.*

#### **4.3 Umsatzsteuer**

*Die vom Zugangsberechtigten nach den Entgeltgrundsätzen der SWK zu entrichtenden Entgelte werden zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer in der jeweils gültigen Höhe berechnet.*

#### **4.4 Zahlungsweise**

*Das zu entrichtende Entgelt hat der Zugangsberechtigte auf seine Kosten grundsätzlich binnen einer Woche nach Zugang der Rechnung auf ein von der SWK zu bestimmendes Konto zu überweisen. Die SWK kann im Besonderen Teil ihrer Nutzungsbedingungen Regelungen über Abschlagszahlungen für bereits erbrachte Leistungen vorsehen.*

#### **4.5 Aufrechnungsbefugnis**

*Die Vertragspartner können gegen Forderungen des jeweils anderen Vertragspartners nur aufrechnen, wenn diese Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.*

### **5 Rechte und Pflichten der Vertragsparteien**

#### **5.1 Grundsätze**

*5.1.1 Die Vertragsparteien verpflichten sich zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, die den Besonderheiten bei der Benutzung der Eisenbahninfrastruktur Rechnung trägt und negative Auswirkungen auf die andere Vertragspartei so gering wie möglich hält.*

*5.1.2 Zur Gewährleistung der Sicherheit und Effizienz bei der Benutzung der Eisenbahninfrastruktur übermitteln sich die Vertragsparteien gegenseitig und unverzüglich alle notwendigen Informationen. Dies gilt insbesondere in Bezug auf gefährliche Ereignisse.*

*5.1.3 Die Vertragsparteien benennen im Vertrag eine oder mehrere Person(en) bzw. Stelle(n), die befugt und in der Lage ist (sind), binnen kürzester Zeit betriebliche Entscheidungen in deren Namen zu treffen.*

#### **5.2 Information zu den vereinbarten Nutzungen**

*5.2.1 Die SWK stellt sicher, dass der Vertragspartner zumindest über folgende Umstände unverzüglich informiert wird:*

- a) *den Zustand der benutzten Eisenbahninfrastruktur, insbesondere Änderungen, die den Fahrweg betreffen und die sich auf den Zugverkehr des EVU auswirken können (z. B. Bauarbeiten, vorübergehende Geschwindigkeitsbeschränkungen, Signaländerungen, Änderungen der technischen oder betrieblichen Eigenschaften des Fahrwegs),*
- b) *Unregelmäßigkeiten während der Benutzung der Eisenbahninfrastruktur, soweit sie für weitere Dispositionen des Zugangsberechtigten von Bedeutung sein können.*

5.2.2 *Das EVU stellt sicher, dass die SWK zumindest über folgende Umstände unverzüglich informiert wird:*

- a) *die Zusammensetzung des Zuges (Länge, Zugmasse, Veränderungen gegenüber der beantragten Nutzung),*
- b) *etwaige Besonderheiten (z. B. Beförderung gefährlicher Güter gemäß GGVSEB/RID und deren Position im Zugverband, Lademaßüberschreitungen),*
- c) *Unregelmäßigkeiten während der Benutzung der Eisenbahninfrastruktur, insbesondere verspätungsrelevante Faktoren (z. B. eingeschränktes Bremsvermögen, Ausfall von Triebfahrzeugen).*

### **5.3 Störungen in der Betriebsabwicklung**

- 5.3.1 *Über besondere Vorkommnisse, namentlich über Abweichungen von den vereinbarten Nutzungen sowie über sonstige Unregelmäßigkeiten (Störungen in der Betriebsabwicklung) informieren sich die SWK und das EVU gegenseitig und unverzüglich. Die SWK unterrichtet das EVU umgehend über sich ergebende betriebliche Auswirkungen auf dessen Nutzungsmöglichkeiten.*
- 5.3.2 *Die Vertragsparteien verpflichten sich, Störungen zu beseitigen. Die Beseitigung der Störung geschieht unverzüglich, es sei denn, eine unverzügliche Beseitigung ist unzumutbar.*
- 5.3.3 *Zur Beseitigung der Störung wendet die SWK die Regelungen an, die bei ihr für die betriebliche Verkehrssteuerung bei Störungen gelten. Diese Regelungen sind als Bestandteile der Nutzungsbedingungen für das EVU verbindlich*
- 5.3.4 *Zur Beseitigung der Störung kann die SWK innerhalb der Serviceeinrichtung insbesondere die Benutzung einer anderen als der vereinbarten Eisenbahninfrastruktur vorsehen. Bei Störungen soll die SWK die Grundsätze des Koordinierungsverfahrens gemäß Punkt 3.3 und die dort vorgesehenen Vorrangregelungen anwenden.*

- 5.3.5 *Das EVU hat Störungen in der Betriebsabwicklung, die seinem Verantwortungsbereich zuzurechnen sind (z. B. Ausfall von Eisenbahnfahrzeugen), unverzüglich zu beseitigen. Es hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass die benutzte Serviceeinrichtung nicht über das vertraglich vereinbarte Maß hinaus in Anspruch genommen wird (z. B. durch liegen gebliebene Züge). In jedem Falle ist auch die SWK jederzeit berechtigt, die Störung in der Betriebsabwicklung auf Kosten des Verursachers zu beseitigen (z. B. durch Abschleppen liegen gebliebener Züge). Zu diesem Zweck können dazu legitimierte Personale der SWK - soweit möglich nach vorheriger Abstimmung mit den gemäß Punkt 5.1.3 benannten Personen bzw. Stellen – Fahrzeuge des EVU betreten, bedienen in den Führerräumen der Fahrzeuge unentgeltlich mitfahren und dem Personal des EVU Weisungen erteilen. Das Personal des EVU hat den Weisungen Folge zu leisten.*
- 5.3.6 *Die SWK hat Störungen in der Betriebsabwicklung, die ihrem Verantwortungsbereich zuzurechnen sind (z. B. Ausfall von Steuerungs-, Sicherungs- und Kommunikationssystemen, Weichenstörungen), unverzüglich zu beseitigen.*

#### **5.4 Prüfungs- und Betretungsrecht, Weisungsbefugnis**

*Die SWK hat auf ihrem Betriebsgelände das Recht, sich jederzeit davon zu überzeugen, dass das EVU seinen vertraglichen Pflichten nachkommt. Soweit es zur Gewährleistung eines sicheren und ordnungsgemäßen Betriebes notwendig ist, können dazu legitimierte Personale der SWK Fahrzeuge des EVU betreten und dem Personal des EVU Weisungen erteilen. Das Personal des EVU hat den Weisungen Folge zu leisten.*

#### **5.5 Mitfahrt im Führerraum**

- 5.5.1 *Die SWK bzw. ihre von ihr dazu legitimierten Personale dürfen, um sich vom ordnungsgemäßen Zustand der Eisenbahninfrastruktur überzeugen zu können, nach vorheriger Abstimmung mit den gemäß Punkt 5.1.3 benannten Personen bzw. Stellen in den Führerräumen der Fahrzeuge des EVU mitfahren.*
- 5.5.2 *Die Mitfahrt erfolgt unentgeltlich, sofern nicht das EVU ausdrücklich ein angemessenes Entgelt verlangt.*

#### **5.6 Veränderungen betreffend die Eisenbahninfrastruktur**

*Die SWK ist berechtigt, die Eisenbahninfrastruktur sowie die technischen und betrieblichen Standards für die Benutzung der Eisenbahninfrastruktur unter angemessener Berücksichtigung der Belange der Zugangsberechtigten zu verändern. Über geplante Änderungen informiert sie die Zugangsberechtigten unverzüglich. Bestehende vertragliche Verpflichtungen bleiben unberührt.*

## **5.7 Instandhaltungs- und Baumaßnahmen**

- 5.7.1 *Die SWK führt Instandhaltungs- und Baumaßnahmen im Rahmen des wirtschaftlichen Zumutbaren so durch, dass negative Auswirkungen auf die Betriebsabwicklung des EVU so gering wie möglich gehalten werden.*
- 5.7.2 *Etwaige Nutzungseinschränkungen von Serviceeinrichtungen aufgrund vorhersehbarer Instandhaltungs- und Baumaßnahmen ergeben sich aus dem Besonderen Teil der Nutzungsbedingungen. Für Abweichungen von der vereinbarten Nutzung gilt Punkt 6.5.*
- 5.7.3 *Die SWK kann Instandhaltungs- und Baumaßnahmen, die aus Gründen der Sicherheit des Betriebes keinen Aufschub dulden, jederzeit durchführen. Sie informiert das EVU über die Auswirkungen auf dessen Betriebsabwicklung unverzüglich (z. B. in Textform oder durch Veröffentlichung im Internet).*

## **6 Haftung**

### **6.1 Grundsatz**

- 6.1.1 *Jede Vertragspartei haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit die Nutzungsbedingungen (AT/BT) keine davon abweichenden Regelungen enthalten.*
- 6.1.2 *Die Vertragsparteien haften einander für mittelbare Schäden nur bei Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie bei grobem Verschulden. Bei einfacher Fahrlässigkeit haften die Vertragsparteien einander für mittelbare Schäden nur bei Verletzung vertragswesentlicher Pflichten und nur für typischerweise vorhersehbare Schäden. Vertragswesentliche Pflichten sind Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf. Im Übrigen besteht keine Haftung für mittelbare Schäden.*
- 6.1.3 *Im Verhältnis zwischen der SWK und dem EVU wird der Ersatz eigener Sachschäden ausgeschlossen. Dies gilt nicht, wenn der Sachschaden eines Beteiligten den Betrag von 10.000,00 € übersteigt; es gilt ferner nicht, wenn einem Beteiligten Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt oder wenn außer eigenen Sachschäden der Beteiligten auch Sachschäden Dritter oder Personenschäden zu ersetzen sind. Die SWK kann im Besonderen Teil ihrer Nutzungsbedingungen zur Höhe des Haftungsausschlusses eine abweichende Regelung treffen.*

## **6.2 Mitverschulden**

*§ 254 BGB und – im Rahmen seiner Voraussetzungen – § 13 HPfIG gelten entsprechend.*

## **6.3 Haftung der Mitarbeiter**

*Die Haftung der Mitarbeiter geht nicht weiter als die Haftung der Vertragsparteien. Die persönliche Haftung der Mitarbeiter gegenüber Dritten bleibt unberührt. Ein Rückgriff auf Mitarbeiter der jeweils haftenden Vertragspartei ist nur dieser selbst unter Zugrundelegung ihrer internen Grundsätze möglich.*

## **6.4 Haftungsverteilung bei unbekanntem Schadenverursacher**

*Kann nicht festgestellt werden, wer einen Schaden bei der SWK oder bei Dritten verursacht hat, haften beide Vertragsparteien zu gleichen Teilen. Wenn weitere EVU die betreffenden Schienenwege mitbenutzen bzw. mitbenutzt haben, gilt folgende Regelung:*

- a) Weist ein EVU nach, dass es zur Entstehung des Schadens offensichtlich nicht beigetragen haben kann, ist es von der Haftung frei.*
- b) Im Übrigen wird der Schaden zunächst zu gleichen Teilen auf die Anzahl der insgesamt verbleibenden Beteiligten aufgeteilt.*
- c) Der hiernach auf die EVU insgesamt entfallende Anteil wird unter diesen sodann in dem Verhältnis aufgeteilt, welches sich aus dem Umfang der tatsächlichen Nutzung der Schienenwege in den letzten drei Monaten vor Schadenseintritt ergibt.*

## **6.5 Abweichungen von der vereinbarten Nutzung**

*Abweichungen von der vereinbarten Nutzung, die auch bei Beachtung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt nicht vermieden werden konnten, liegen im Rahmen des allgemeinen Betriebsrisikos und gehen jeweils zu Lasten und Gefahr der im Einzelfall davon beeinträchtigten Vertragspartei, sofern zwischen den Parteien auf der Grundlage von Regelungen im Besonderen Teil der Nutzungsbedingungen nichts anderes vereinbart ist. Die Haftung für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit sowie gesetzlich vorgesehene Minderungsrechte bleiben hiervon unberührt.*

# **7 Gefahren für die Umwelt**

## **7.1 Grundsatz**

*Das EVU ist verpflichtet, umweltgefährdende Einwirkungen zu unterlassen. Insbesondere darf ein Umschlag von umweltgefährdenden Gütern und Stoffen wie auch eine Betankung von Fahrzeugen nur an dafür vorgesehenen geeigneten Stellen erfolgen.*

## **7.2 Umweltgefährdende Einwirkungen**

*Kommt es zu umweltgefährdenden Immissionen im Zusammenhang mit der Betriebsdurchführung des EVU oder gelangen Wasser gefährdende Stoffe aus den vom EVU verwendeten Betriebsmitteln in das Erdreich oder bestehen Explosions-, Brand- oder sonstige Gefahren, hat das EVU unverzüglich die nächste besetzte Betriebsstelle der SWK zu verständigen. Diese Meldung lässt die Verantwortlichkeit des EVU für die sofortige Einleitung von Gegen- und Rettungsmaßnahmen (z. B. Benachrichtigung der nächsten Polizeibehörde, Feuerwehr usw.) unberührt. Macht die Gefahrensituation gemäß Satz 1 eine Räumung von Betriebsanlagen der SWK notwendig, trägt die verursachende Vertragspartei die Kosten.*

## **7.3 Bodenkontaminationen**

*Bei Bodenkontaminationen, die durch das EVU – auch unverschuldet – verursacht worden sind, veranlasst die SWK die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen. Die Kosten der Sanierung trägt das verursachende EVU. Ist ein Verursacher nicht feststellbar, bestimmt sich die Haftung nach Punkt 6.4.*

## **7.4 Ausgleichspflicht zwischen SWK und EVU**

*Ist die SWK als Zustandsstörer zur Beseitigung von Umweltschäden verpflichtet, die durch das EVU – auch unverschuldet – verursacht worden sind, trägt das EVU die der SWK entstehenden Kosten. Hat die SWK zur Verursachung des Schadens beigetragen, so hängt die Ersatzpflicht von den Umständen, insbesondere davon ab, wie weit der Schaden überwiegend von dem einen oder dem anderen verursacht worden ist. Ist ein Verursacher nicht feststellbar, bestimmt sich die Haftung nach Punkt 6.4.*